

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

10.7.1903 (No. 187)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 10. Juli.

№ 187.

1903.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einzugsgebühr: die gepaltene Beizelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Polizeiergeanten Adolf Schumacher in Baden die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogtums Braunschweig, verliehenen Verdienstkreuzes II. Klasse zum Herzoglichen Orden Heinrichs des Löwen zu erteilen.

Mit Entschliegung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 9. Juli d. J. wurden nachbenannte Ober-Postpraktikanten mit Wirkung vom 1. April d. J. in Ober-Postsekretärstellen angestellt, und zwar:

Wilhelm Schubnell aus Kastatt beim Postamt 1 in Mannheim.

Matthias Krieg aus Marlen beim Bahnpostamt Nr. 27 in Mannheim und

Oswald Brand aus Nedarbischsheim beim Postamt 2 in Karlsruhe.

Mit Entschliegung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 22. Juni d. J. wurde Betriebsassistent Albert Ziehler in Lörrach nach Karlsruhe versetzt.

Mit Entschliegung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 23. Juni d. J. wurden Betriebssekretär Pius Schmidt in Semsbach zur Zentralverwaltung nach Karlsruhe und

Betriebsassistent Theodor Vender in Waldkirch nach Basel versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

England und Serbien.

Man schreibt uns aus London: In einem kontinentalen Blatte wurde behauptet, die Haltung Englands gegenüber dem Thronwechsel in Serbien sei auf den Umstand zurückzuführen, daß die englische Regierung tatsächlich Beweise von der Mitwissenschaft des Königs Peter an der Verschwörung, welcher der frühere König zum Opfer fiel, besitze. Das Londoner Kabinett habe von diesen Beweisen auch anderen Mächten bereits Mitteilung gemacht, und wenn der Bericht des nach London berufenen englischen Gesandten in Belgrad die Mitwissenschaft bestätige, so werde England dem neuen Könige die Anerkennung verweigern. Diese Behauptungen beruhen auf vollständig irrigen Annahmen und es trifft kein einziger der angeführten Punkte zu. Die Haltung Englands ist durch ganz andere Momente veranlaßt. Mit dem Ereignis vom 11. Juni hatte die Existenz aller derjenigen ein Ende gefunden, mit denen der diplomatische Vertreter Englands in offizieller Verbindung stand. Niemand konnte wissen, wie sich die weitere Entwicklung gestalten würde, und ob nicht der Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel eine Gefahr drohe. Es war nicht unmöglich, daß die Neugestaltung der Dinge in Serbien, speziell die Neuwahl eines Staatsoberhauptes in St. Petersburg mit anderen Augen angesehen werden würde, als in Wien. Nichts aber konnte England unerwünschter sein, als eine Verstimmung zwischen diesen beiden Mächten bezüglich einer Balkanfrage. Nun wurde die Wahl des Königs Peter in Wien wie in St. Petersburg beifällig aufgenommen. Sie war daher eine glückliche, man möchte sagen, die einzige Lösung der Situation, und schon aus diesem Grunde würde England nicht die geringste Einwendung erheben. Wer wollte aber leugnen, daß sich der neue Herrscher Serbiens in einer abnorm schwierigen Lage befindet? Es wäre nicht nur inopportun, es wäre politisch falsch, wenn man diese Schwierigkeiten durch unmögliche Forderungen noch erhöhen und den Zustand der Unruhe durch ein neues Moment verlängern wollte, zumal man nicht sicher wäre, ob eine derartige Forderung von den Regierungen Rußlands und Oesterreich-Ungarns in gleicher Weise beurteilt werden würde. Man hält es für wahrscheinlich, daß in Anbetracht dieser Tatsachen eine Wiederaufnahme der alten normalen Beziehungen zu Serbien seitens aller Staaten in Kürze erfolgt sein wird. England wird beobachtend abwarten, wie sich die Dinge weiter gestalten, und wird sich gewiß nicht allein fern halten, wenn sich alles in erwünschter Weise entwickelt und wieder festigt. Bisher scheint die Gestaltung der Dinge, nicht zum wenigsten

danke der Haltung der beiden meistinteressierten Mächte, zu der sicheren Hoffnung zu berechtigen, daß in absehbarer Zeit normale Verhältnisse walten werden. Dem neuen serbischen Regime obliegt aber die Pflicht, das eifrigste und ehrlichste Bestreben aufzubieten, um sich das Vertrauen des Auslandes zu erwerben.

(Telegramme.)

* Belgrad, 9. Juli. Seine Majestät der König nahm die Demission der Staatsräte Wuitsch und Paschitsch an. — Der russische Gesandte Tscharikow überreichte gestern sein Beglaubigungsschreiben.

* Belgrad, 9. Juli. Auf direkten Wunsch Seiner Majestät des Königs wurde die Zensur der auswärtigen Blätter gänzlich aufgehoben. Die Zensur der inländischen Blätter ist befristet durch die Verfassung strengstens untersagt. Die Neuierung macht einen vorzüglichen Eindruck.

* Belgrad, 9. Juli. „Belgradsky Novini“ melden: Der schwer verwundete Minister des Kabinetts Zinjor Markowitsch, Velimir Theodorowitsch, beabsichtigt, gegen seine Angreifer in der Nacht vom 11. Juni die Klage wegen verübten Mordes zu erheben.

Die Sozialpolitik und die Sozialdemokratie.

Die Reichstagsperiode 1898/1903 soll nach dem „Vorwärts“ durch den „fast völligen Stillstand der ernsthafteren Sozialreform“ gekennzeichnet sein; selbst leicht erfüllbare Forderungen der Arbeiter bezüglich des Arbeiterschutzes wären zurückgewiesen worden; dafür habe das Unternehmertum die Arbeiter in der rückwärtslosten Weise ausgebeutet, und der Massenstaat hätte den Volksmassen die wichtigsten Lebensmittel und den Lebensunterhalt durch die Erhöhung der Zölle verteuert. Die letztere Behauptung des sozialdemokratischen Zentralorgans setzt bei seinen Lesern eine Urteilslosigkeit und eine Unwissenheit sondergleichen voraus. Dem Zollerhöhungen, die lediglich auf dem Papier stehen, können unmöglich den Lebensunterhalt verteuern. Nicht viel besser als mit dieser maßlosen Hegerei des „Vorwärts“ ist es mit dem Urteile bestellt, das er über die sozialpolitischen Leistungen in den Jahren 1898—1903 fällt. Je frasser das Verdikt des sozialdemokratischen Zentralorgans ist, um so mehr ist es am Platze, den Tatsachen gegenüber radikaler Verkleinerungsstucht zu ihrem Rechte zu verhelfen. Tatsächlich war bereits in der ersten Tagung der letzten Legislaturperiode die Sozialreform ein gutes Stück vorwärts gebracht worden.

Die „Soziale Praxis“ hat vor drei Jahren in einer Betrachtung über die sozialpolitische Bilanz der damals abgelaufenen Reichstagsperiode hervorgehoben, welche große und entschlossene Mehrheit für die tatkräftige Fortführung einer arbeiterfreundlichen Politik schon in der ersten Session des 1898 gewählten Reichstages vorhanden war. Das erste hervorragende Ergebnis war die Revision des Invalidenversicherungsgesetzes. Nach Jahresfrist gelangten die Novellen zur Unfallversicherung zum Abschluß, die eine wesentliche Verbesserung und Erweiterung dieser segensreichen Institution bedeuten; die Novelle zur Gewerbeordnung steuert nicht nur den höchsten Mißbräuden im privaten Stellennachweis, sondern führte auch die richtige Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Handelsgangestellten in offenen Ladengeschäften herbei und bahnte eine weitere Regelung der Konfektionsheimarbeit an. Endlich bleibt als Errungenschaft dieser Session die Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine, die für die gewerkschaftliche Bewegung von größter Bedeutung ist.

Die reformfreundliche Haltung des Reichstages hat im Bundesrat ein Echo geweckt. Durch die Verordnungen vom 9. und 13. Juli 1900 wurde der Arbeiterschutz auf die Werkstätten ausgedehnt, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebwerke nicht bloß vorübergehend zur Verwendung kommt. Aus der späteren Zeit haben wir nur folgende aus dem Gebiete des Arbeiterschutzes getroffenen Maßnahmen hervor. Die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 kam dem Arbeiterschutz im Gastwirtsgerber zu statten. Die Bundesratsverordnung vom 1. März 1902 regelte die Einrichtung und den Betrieb in Gummiwarenfabriken. Die Bundesratsverordnung vom 27. Mai 1902 erneuerte die für den Arbeiterschutz in Salz- und Sammerwerken getroffenen Verfügungen. Mit dem Arbeiterschutz in Ziegeleien beschäftigte sich ein Rundschreiben des preussischen Handelsministers an die Regierungspräsidenten.

In Vorarbeiten zur weiteren Ausdehnung des Arbeiterschutzes hat es auch sonst keineswegs gefehlt. Dahin gehört die Veröffentlichung des Ergebnisses einer Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in kaufmännischen Kontoren. Die letzte Tat der Kommission für Arbeiterstatistik war die Feststellung der Fragebogen für eine Erhebung über die Verhältnisse im Fleischergerber- und im Fuhrwerksbetrieb. Die Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse in der Binnenschifffahrt wurde fortgeführt. Die Regelung der Heimarbeit in der Cigarettenindustrie wurde von leitender amtlicher Stelle angekündigt, ebenso wie von derselben Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß wir bald zum Achtuhrladenschluß gelangen. Ueberdies wurde beim kaiserlichen statistischen Amt eine besondere Abteilung für Arbeiterstatistik gebildet und die Herausgabe des Reichsarbeitsblattes durchgeführt.

Ueberblickt man alles, was auf dem Gebiete der Sozialpolitik in dem Jahrzehnt 1898 bis 1903 geschehen ist, dann erkennt man leicht, daß die Behauptung des „Vorwärts“ vom „fast völligen Stillstand der ernsthafteren Sozialreform“ eine leere Phrase ist. Erklärt wird sie durch das sozialdemokratische Bedürfnis, nur die Sozialpolitik der Sozialdemokratie als die einzige wahre Sozialpolitik auszugeben. Bleibt dieses Bedürfnis vorbildlich für das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, dann kann die Sache der Sozialreform in neuen Reichstagen ernste Gefahren laufen. Dann nämlich tritt der Fall ein, den die „Soziale Praxis“ jüngst ins Auge faßte, als sie auseinander setzte, daß die Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Stärke zusammen mit anderen Parteien, denen zu viel an Arbeiterfürsorge verlangt wird, „Mehrsheiten“ zu bilden vermöge, die manches nützliche Gesetz vernichten —, wofür nicht durch die sozialdemokratische Opposition der Arbeitseifer der bürgerlichen Sozialreformer und der Regierung erlahme.

Post- und Eisenbahngemeinschaft.

— Stuttgart, 8. Juli.

Ein Rückblick auf die Geschichte des Postmarkenabkommens hat in der Abgeordnetenversammlung zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem volksparteilichen Abgeordneten Galler und dem Zentrumsabgeordneten Gröber geführt. Wie erinnerlich, hatte der Abg. Gröber, nachdem bereits der württembergische Landtag das Abkommen mit der Reichspostverwaltung betreffend die Einführung einheitlicher Postwertzeichen genehmigt hatte, im Reichstag einen Antrag der Zentrumsfraktion (Antrag Reichbichler und Genossen) veranlaßt, worin aus staats- und budgetrechtlichen Gründen verlangt wurde, daß jener Vertrag dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werde; der Antrag ist im Reichstag abgelehnt worden. Auf diese Aktion des Abg. Gröber in der Reichstagsitzung vom 13. März 1902 kam der Abg. Galler, Referent zum Postetat, bei Gelegenheit der gegenwärtigen Etatsberatung in der Abgeordnetenversammlung zu sprechen; er hielt dem Abg. Gröber vor, daß er damit jenes Uebereinkommen, das er im württembergischen Landtag vergeblich bekämpft, nachträglich im Reichstag noch habe hintertreiben und daß er den Reichstag habe aufstiften wollen, Württemberg die aus dem Abkommen gehofften finanziellen Vorteile nicht zu gönnen. Der Abg. Gröber erklärte diese Darstellung für eine Verleumdung und forderte unter Berufung auf das Reichstagsprotokoll von dem Abg. Galler Zurücknahme der Beschuldigung.

Sieht man sich den Sachverhalt genauer an, so hat man eine wenig klare und recht sonderbare Situation vor sich. Der Abg. Gröber erklärt in jener Reichstagsrede mit aller Bestimmtheit, daß er den Vertrag selbst nicht mehr bekämpfen wolle, nachdem die württembergische Ständeversammlung rechtsgültig sich für denselben ausgesprochen habe. Nur die Frage stelle er zur Prüfung, ob nicht der Reichstag seinerseits zu dem Uebereinkommen seine Zustimmung zu geben habe, und für die Bejahung dieser Frage führt er dann staatsrechtliche Gründe, sowie den budgetrechtlichen Grund ins Feld, daß der finanzielle Vorteil, den Württemberg aus dem Abkommen erwarte, gleichbedeutend sei mit der Weggabe von Geldern seitens der Reichspost, wozu die etatsrechtliche Genehmigung des Reichstages erforderlich sei. Der Leser jener Reichstagsrede, der den Versicherungen des Abg. Gröber loyalerweise Glauben schenkt, fragt sich erstaunt: also wollte Herr Gröber, falls seinem Verlangen gemäß das Abkommen

dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt worden wäre, im Reichstag dem Abkommen zustimmen, das er im württembergischen Landtag mit Aufgebot aller Kräfte bekämpft hatte? Und aus einer Rede des Abg. Bachem, Fraktionsgenossen Gröbers, erhält man in der Tat die Antwort: Ja, wir verlangen die Vorlegung des Abkommens, um unsere Zustimmung geben zu können; der Reichstag muß schlankwegs zustimmen, namentlich nachdem die württembergische Volksvertretung sich bereits mit dem Abkommen einverstanden erklärt hat. Also handelt es sich um eine rein akademische Frage, sagt sich der Leser, wie es damals der Abg. Gröber im Reichstag gesagt hat, wird aber, wiederum von dem Abg. Bachem, belehrt, daß sie vielmehr von eminent praktischer Bedeutung sei, nämlich wegen der Rückwirkung auf die Eisenbahnfrage. Mit letzterer ist gemeint ein etwaiger Anschluß Württembergs an die preussisch-bessische Eisenbahngemeinschaft. Mit anderen Worten: Herr Gröber und seine Freunde verlangten die Vorlegung des Postmarkenabkommens an den Reichstag zu dem Zweck, um ein Präjudiz zu schaffen für den Fall eines Eisenbahnabkommens; in letzterem Fall sollte dann der Reichstag zu befinden haben, ob nicht die Verletzung eines Reservatrechts vorliege und er sollte — so muß man den Gedanken zu Ende denken — die Zustimmung dazu verweigern können, daß Württemberg ein Reservatrecht aufgeben. Letzteres ist nun freilich eine ganz unhaltbare Fiktion; daß ein Bundesstaat, der freiwillig auf ein Reservatrecht verzichtet wollte, vom Reich genötigt werden könnte, es zu behalten, wäre der Gipfel der Lächerlichkeit. Ueberhaupt aber würde ein Eisenbahnvertrag zwischen Württemberg einerseits, Preußen-Hessen andererseits, da die Eisenbahnen nicht Reichsstraßen sind, den Reichstag gar nicht berühren, die kontrahierenden Staaten wären in dieser Sache durchaus souverän und es wäre nicht abzusehen, wie der Reichstag einen solchen Vertrag vor sein Forum ziehen könnte. Endlich könnte freilich die Gröberische Aktion noch ein Präjudiz in anderer Richtung im Auge gefaßt haben. Die württembergische Regierung hatte das Postmarkenabkommen ihrem Landtag nicht zur Genehmigung vorgelegt, sondern nur zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Hätte nun der Reichstag, dem Antrag Michelsler entsprechend, für sich die Vorlegung zur Genehmigung gefordert und hätte die Reichspostverwaltung diesen Verlangen stattgegeben, so wäre — dahin müßte man sich bei dieser letzteren Auslegungsmöglichkeit die Gröberische Absicht verdeutlichen — die württembergische Regierung bei der Wiederkehr eines ähnlichen Falles, nämlich gerade bei einem etwaigen Eisenbahnabkommen, einem gewissen Druck ausgesetzt gewesen, ein solches Abkommen nunmehr ihrem Landtag nicht mehr bloß zur Kenntnisnahme, sondern zur Genehmigung vorzulegen. Allein auch eine solche, sozusagen moralische, Intervention des Reichstags für eine künftige Möglichkeit wäre nicht nur unerblicklich und deshalb von fragwürdigem Wert, sondern auch gänzlich überflüssig gewesen. Denn es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn es je einmal zu einem Eisenbahnabkommen Württembergs mit Preußen-Hessen kommen sollte, dasselbe nimmermehr ohne Zustimmung der Ständeversammlung in Kraft gesetzt werden könnte, überdies hat die württembergische Regierung ihrem Landtag hierüber, gerade bei den Beratungen über das Postabkommen, die bindigsten Versicherungen gegeben. — Die Reichstagsaktion des Herrn Gröber war also in der Tat in Absicht auf ihren praktischen Zweck von jedem Gesichtspunkt aus dunkel und schwer verständlich, und wenn der Abg. Galler auch sachlich Unrecht hat, so hat er sich doch nicht mit Recht auf den Eindruck berufen, den damals die öffentliche Meinung allgemein von dem Vorgehen des Abg. Gröber im Reichstag hatte und bei der Schwereverständlichkeit desselben gar nicht anders haben konnte.

Bei dieser Gelegenheit sei richtig gestellt, daß der Vertrag, den Württemberg im Jahr 1902 von der Reichspostverwaltung über seine eigene Einnahme aus Postwertzeichen hinaus erhalten hat, 440 000 M. (nicht 140 000 M.) ausmacht.

Die Erkrankung des Papstes.

(Telegramme.)

* Rom, 9. Juli. Der Papst, der während der Nacht etwas geschlafen hat, verließ das Bett heute morgen halb 6 Uhr. Mazzolini hielt im Zimmer des Papstes die Messe ab und reichte ihm die Kommunion. Der Papst genoss etwas Fleischbrühe. Die Temperatur beträgt 36,2 bis 36,6 Grad. Der Puls ist schwach. Die bläuliche Färbung der Hände beginnt zu verschwinden. Die Nierentätigkeit bessert sich. Das Gerücht, die Professoren Marchisabi und Rossini hätten den Papst besucht, ist unbegründet.

* Rom, 9. Juli. Dem „Messagero“ zufolge ruhte der Papst ungestört bis 2 Uhr morgens, nahm zweimal Fleischbrühe zu sich und etwas Digitale; Sauerstoff wurde nicht angewendet; es trat indessen Amurie ein, die eine schwere Nierenstörung befürchten läßt. „Popolo Romano“ glaubt auf Grund zuverlässiger Nachrichten bestätigen zu können, daß sich während der beiden letzten Tage eine wirkliche Besserung in dem Zustand des Papstes vollzogen habe; man dürfe den Optimismus allerdings nicht übertreiben; der gegenwärtige Zustand rechtfertige aber keinen Pessimismus und gebe im Gegenteil einige Hoffnung auf Genesung, was während der letzten Tage nicht zugegeben worden sei.

* Rom, 9. Juli. Der heute vormittag halb 10 Uhr veröffentlichte Krankheitsbericht besagt: Die Nacht ist ungestört verlaufen. Der Papst hat geruht. Der Pro-

zess in der Lunge ist, was den Teil an der Lunge betrifft, welcher von der wenigen Flüssigkeit nicht bedeckt wird, die sich noch im Brustfell befindet, in voller Lösung begriffen. Die Erleichterung des Allgemeinbefindens hält an. Lapponi, Mazzoni.

* Rom, 8. Juli. Minister Vaccelli erklärt gegenüber Blättermeldungen, daß er niemals irgend eine Ansicht über die Krankheit des Papstes geäußert habe. Die „Tribuna“ veröffentlicht eine Darstellung über den Verlauf der gegenwärtigen Erkrankung des Papstes. Danach äußerte der Papst nach einem Gartenbesuch am 30. Juni, daß dieser ihm sehr gut getan habe und er ihn wiederholen wolle. Am nächsten Tage klagte der Papst über Unbehagen, schrieb das selbe jedoch Darmstörungen zu und ging wieder in den Garten hinab. Zurückgekehrt, äußerte er, er fühle sich infolge des Genusses der frischen Luft besser. Nach einem Hinblick über den weiteren Verlauf der Krankheit an der Hand des Bulletin sagt das Blatt, die Besserung habe sich heute nicht fortgesetzt, die Depression sei wiedergeteilt, die Angaben seien authentisch. Es scheint schwierig, aus der Entfernung, wie mancher anscheinend tue, über einen in jeder Hinsicht außergewöhnlichen Kranken zu urteilen. — Mazzoni erklärt es für unrichtig, daß er gelagt habe, der Zustand des Papstes sei hoffnungslos.

* Rom, 9. Juli. Der „Italia“ zufolge beriet Kardinal Mathieu mit dem Kardinalkammerer Dreglia über das Einspruchsrecht Frankreichs gegenüber dem Konklave. Das Blatt glaubt, daß Frankreich das gleiche Verhalten wie beim letzten Konklave beibehalten werde. „Messagero“ meldet: Das Gerücht, daß der König seine Reise bis zum August verschieben werde, scheint sich zu bestätigen.

* Rom, 8. Juli. Die „Tribuna“ sagt in einer Besprechung des Ausfalles des möglicherweise bevorstehenden Konklaves, die Wahl des Kardinals Cabellatro würde von einer Gruppe von Kardinalen unterstützt werden, wozu auch Kardinal Agliardi gehöre. Auch Agliardi habe Aussicht geäußert zu werden, weil Rampolla für ihn sei. Agliardi selbst arbeite für die Wahl Capellatros. Das Blatt fügt hinzu, alle Kardinalen träfen Vorbereitungen für das Konklave. Der Jesuitengeneral habe häufige Unterredungen mit dem Kardinal Steinhilber.

* München, 9. Juli. Bei der hiesigen päpstlichen Nuntiatur ist folgendes, kurz vor Mitternacht in Rom abgegebenes Telegramm eingegangen: Der Heilige Vater verbrachte den Tag gut, der Puls schlägt weniger langsam; der Allgemeinzustand ist etwas gehoben. Veten wir! Rampolla.

* Paris, 9. Juli. „Echo de Paris“ berichtet, daß auf die Frage seines Berichterstatters in Rom, ob der Tod des Papstes eine Rückwirkung auf die Reisen des Königs von Italien nach Paris haben werden, der italienische Aussenminister Vaccelli geantwortet hat: Ich glaube, daß sich Frankreich und Italien für diesen Fall verständigen werden. Das ist alles, was ich sagen kann.

Loubet in London

(Telegramme.)

* London, 9. Juli. Der Wortlaut des von Seiner Majestät dem König Eduard bei dem Festmahl im Buckinghampalast auf Loubet ausgeprochenen Trinkspruchs wird nunmehr veröffentlicht, derselbe lautet:

„Seien Sie, Herr Präsident, willkommen. Die Königin und ich sind sehr glücklich, daß Sie uns Ihren Besuch haben abstaten können, da wir wohl die großen Schwierigkeiten kennen, die sich infolge Ihrer zahlreichen und bedeutenden Pflichten Ihrer Abreise aus Frankreich entgegenstellten. Ich hoffe, daß der Empfang, den Sie heute gefunden haben, Sie von der wahren Freundschaft, die ich Ihnen sagen, von der Zuneigung überzeugt hat, die mein Land für das schöne Frankreich empfindet. Ich für meinen Teil vergesse niemals den Empfang, der mir erst kürzlich dort bereitet worden ist. Die Gefühle, welche ich Ausdruck gebe, habe ich immer für Frankreich empfunden. Ich hege die Hoffnung, daß unsere beiden Länder stets zueinander die innigsten Beziehungen und tiefste Freundschaft bewahren werden. Ich trinke auf das Wohl des Präsidenten der Republik, ich trinke auf seine Gesundheit aus dem Glase, das mir bei meinem Besuche im Hotel de Ville überreicht worden ist, und das ich sorgfältig aufbewahre als Erinnerung an jenen glücklichen Anlaß.“

Präsident Loubet erwiderte:

„Der mir von Eurer Majestät bereite Empfang ist für mich von umso höherem Werte, als ich weiß, daß er an die französische Nation gerichtet ist. Der Besuch, den Eure Majestät in Paris gemacht haben, wird die glücklichen Ergebnisse haben; er hat dazu beigetragen, die Bande der Freundschaft zwischen beiden Nationen enger zu knüpfen. Der Besuch des Präsidenten in England und der Empfang, den er dort gefunden hat, werden diese Bande nur noch enger schlingen können, und wir haben die Gewißheit, so für das Wohl Eurer Majestät und für dasjenige beider Länder zu wirken. Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät des Königs, Ihrer Majestät der Königin, Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin von Wales, der ganzen königlichen Familie und der englischen Nation.“

Seine Majestät der König sagte hierauf zum Präsidenten: „Ich danke Ihnen aufs wärmste für Ihre gütigen Worte.“

Präsident Loubet ist gestern vormittags von London nach Windsor abgefahren.

Nach dem Frühstück im Schloß Windsor begab sich Präsident Loubet nach dem königlichen Mausoleum in Frogmore, um am Grabe Ihrer Majestät der Königin Victoria einen Kranz niederzulegen.

* Aldershot, 8. Juli. Präsident Loubet wohnte in Gegenwart des Königs paires, des Prinzen von Wales, des Herzogs von Connaught, des Feldmarschalls Roberts und eines glänzenden Stabes von Offizieren der Besichtigung von 16 000 Mann Truppen aller Waffen bei. Die Infanterie zog im Schritt vorbei, die Artillerie und Kavallerie im Galopp. Die Musikkapellen spielten die englische Nationalhymne und die Marseillaise. Die Truppenschau hatte eine große Menschenmenge angezogen, die den Hohen Herrschaften einen glänzenden Empfang bereitete. Das Wetter war ausgezeichnet.

* London, 9. Juli. Bei dem Minister Lansdowne fand gestern abend zu Ehren des Präsidenten Loubet und des Ministers Delcassé ein Festmahl statt,

woran das Diplomatische Korps und verschiedene englische Würdenträger teilnahmen.

* London, 9. Juli. Nach dem Besuch bei Lord Lansdowne begab sich Präsident Loubet gestern abend nach dem Buckinghampalast, wo Ihre Majestäten der Königin und die Königin ihm zu Ehren einen Ball gaben. Am Eingang empfing der König Loubet, der der Königin den Arm bot und mit ihr an der Spitze eines geordneten Zuges die Festräume durchschritt. Der Präsident, der sich nicht am Tanze beteiligte, kehrte um 1 Uhr morgens nach dem St. Jamespalast zurück.

* London, 9. Juli. Präsident Loubet ist heute vormittag 8 Uhr 35 Minuten abgereist. Auf dem Bahnhofe hatten sich Seine Majestät König Eduard, der Prinz von Wales, die Herzogin von Connaught u. a. eingefunden. Der König schüttelte Loubet und Delcassé, sowie verschiedenen Mitgliedern des Gefolges herzlich die Hand. Unter den Schreien des Publikums setzte sich dann der Zug in Bewegung.

„Daily Telegraph“

* London, 9. Juli. „Daily Telegraph“ sagt in seinem heutigen Leitartikel: Das Ergebnis des Besuchs des Königs Eduard in Paris und desjenigen des Präsidenten Loubet in London ist, daß eine Atmosphäre der Ausgleichung und des gegenseitigen Entgegenkommens geschaffen ist. In vollem Ernst, ohne Reserve oder Uebertreibung behaupten wir, daß zurzeit keine Schwierigkeiten zwischen uns und Frankreich denkbar sind, die nicht auf befriedigende Weise geregelt werden könnten.

* Paris, 9. Juli. Der „Figaro“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Man hat sehr bemerkt, daß Delcassé nach einer langen Unterredung mit Marquis of Lansdowne eine vertrauliche Besprechung mit dem russischen Botschafter in London gehabt hat. Diese viel erörterte Tatsache hat die in diplomatischen Kreisen verbreiteten Gerüchte bestätigt, nach denen Frankreich berufen sein soll, in einer besonderen Frage als Vermittler zwischen England und Rußland zu dienen. Es heißt, man wünsche die Annäherung in London ebenso sehr wie in St. Petersburg. Sie würde die Grundlage für eine dreifache Entente — wir sagen nicht Allianz — sein, die durch den Beitritt Italiens vielleicht eines Tages in eine vierfache Entente umgewandelt werden könnte.

Zur macedonischen Frage.

(Telegramme.)

* Konstantinopel, 9. Juli. Die maßgebenden diplomatischen Kreise betrachten die jetzige Lage keineswegs als unmittelbar bevorstehend. Erstere Erwägungen könnten aber vielleicht eintreten, wenn das derzeitige bulgarische Kabinett abtreten und national-gauvinischen Elementen Platz machen müßte. Größere Veränderungen seien auch durch Reibereien unter den auf einander erbitterten Grenztruppen möglich. Vorfrage sei in dieser Hinsicht beiderseits angezeigt.

* Konstantinopel, 9. Juli. Die Porte teilte schriftlich der österreich-ungarischen und der russischen Botschaft mit, daß nach den Berichten des Generalinspektors Silmi Pascha die Untersuchungen fortlaufend ergeben, daß die revolutionäre macedonische Bewegung ihre Wurzeln in Bulgarien habe. Die Porte ersucht die Botschafter, die Regierungen zu veranlassen, daß sie einen entsprechenden Einfluß in Sofia ausüben.

* Konstantinopel, 9. Juli. Hier war das Gerücht verbreitet, daß die Porte Bulgarien den Krieg erklärt habe. Die amtlichen türkischen Kreise demontieren auf entschiedene Weise dieses Gerücht, welches an der Börse zu Spekulationszwecken verbreitet worden sei. — Eine in den heutigen türkischen Morgenblättern enthaltene Mitteilung besagt, an der Börse sei das Gerücht verbreitet gewesen, daß die türkischen Truppen an die bulgarische Demarkationslinie vorgegangen seien. Dieses Gerücht sei vollständig unbegründet, da Bulgarien keinen, wie auch immer gearteten Akt der Empörung gegen die souveräne Regierung begangen habe, welcher eine Konzentrierung türkischer Truppen an der Demarkationslinie notwendig machen würde.

Ostasiatisches.

(Telegramme.)

* London, 9. Juli. Reuter meldet aus Singkai, gegenüber Nintschwang vom 7. Juli: Zu gemeinsamen Besprechungen sind in Port Arthur alle höheren russischen Beamten in China, in der Mandchurie und in Korea eingetroffen, darunter außer dem Kriegsminister Kuropatkin der Oberbefehlshaber von Kwantun, Vizeadmiral Merejew, die russischen Gesandten in Peking und in Soul; ferner die Vertreter der russisch-chinesischen Bank und der Militäragenten in Peking. Die Beratungen werden streng geheim gehalten. Die fremden Geschäftsleute und Beamten in Nintschwang und in Port Arthur sind nicht sehr hoffnungsvoll betreffend die friedlichen Aussichten der Lösung der Lage. Die kriegerische Stimmung der Japaner in Nordchina ist in starker Zunahme. In Nintschwang begann die Russen die Einrichtung von Verwaltungsbehörden. Die Mittelpunkt der Fremdeniederlassungen sind teilweise auf dem Boden, der nach russischer Erklärung von China abgetreten wurde und teilweise auf dem öffentlichen Platz, um welchen die fremden Konsulate liegen. Die in Nintschwang wohnenden Angehörigen fremder Nationen

Qualitäten bereiten einen Protest gegen die Verhaftung des öffentlichen Plages vor.

London, 8. Juli. Reuter meldet aus Shanghai vom 8. Juli: Die Beratung des Kriegsministers Kurapatkin mit den russischen Diplomaten wird wahrscheinlich zu Gunsten der Witzschen Friedenspolitik ausfallen. Die amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen sind auf dem toten Punkt angelangt infolge des Umstandes, daß auf Verlangen nach Öffnung der mandjurischen Häfen aus Peking keine Antwort eingetroffen ist.

London, 9. Juli. Die „Times“ meldet aus Tokio: Die Russen legten das Kabel durch den Jalu-Fluß, ohne Korea zu betragen. Japan erhebt dagegen Einspruch, da Korea durch ein Übereinkommen gebunden sei, keiner fremden Macht eine Bevorzugung hinsichtlich einer Telegraphenlinie einzuräumen, die die japanischen Interessen berühre. Japan dringt auf die Öffnung des Hafens. Wi-Ju-Korea macht geltend, daß Rußland dem entgegen sei. Japan erwidert, ein solcher Einwand sei vollkommen hinfällig, da die entscheidende Macht allein Korea sei.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 9. Juli.

An Stelle des zurückgetretenen Herrn Geheimen Kommerzienrats Robert Koele ist Herr Vordirektor Robert Nicolai dahier zum Königlich portugiesischen Konsul in Karlsruhe ernannt worden. Demselben wurde das Exequatur zur Ausübung seiner konsularischen Funktionen erteilt.

Mit besonders freundlicher Anteilnahme gedenkt das badische Volk heute des Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs, nachdem das hohe Paar nach langen Jahren der Abwesenheit wieder in Karlsruhes Mauern dauernden Wohnsitz genommen hat. Mit berechtigtem Stolz wurden im November vorigen Jahres die erhebenden Kundgebungen der Liebe und Verehrung in der badischen Heimat vernommen, die damals beim Scheiden aus den Rheinlanden von allen Schichten der Bevölkerung dem Erbgroßherzoglichen Paare in reichem Maße dargebracht wurden, und voller, freudiger Jubelklang begrüßte die Rückkehr in die Heimat zu den erlauchten, vielgeliebten Eltern. Das stets tätige Interesse an allem, was des Landes Wohl und Weh betraf, die persönliche Teilnahme an vielen öffentlichen Veranstaltungen, die herzgewinnende Lebenswürdigkeit, das freundliche Entgegenkommen gegen jedermann haben das alte Band der Liebe und Treue, das das badische Volk mit dem Erbgroßherzogspaaire innig verbindet, aufs neue gefestigt und vieltausendfältige Glück- und Segenswünsche richten sich heute zur schwedischen Hauptstadt, wo Erbgroßherzog Friedrich und Höchstseine Gemahlin den Festtag im Kreise ihrer hohen Verwandten begehen. In Badens Residenz gibt der künste Rahmensinn, den die staatlichen und städtischen Gebäude, sowie zahlreiche Privathäuser heute angelegt haben, den herzlichsten Gefühlen der Bewohner sichtbaren Ausdruck. In die im Erbgroßherzoglichen Palais aufliegenden Gratulationsbogen zeichneten sich viele Herren und Damen der Gesellschaft ein.

Mitteilungen aus der Stadtratsversammlung vom 6. Juli. Herr Bürgermeister Krämer dankt in freundlichen Worten für die Glückwünsche, die ihm anlässlich seines 70. Geburtstages durch den Stadtrat überreicht wurden. Herr Stadtrat Hoffmann hat für die ihm aus gleichem Anlaß seitens des Stadtrats durch Überreichung eines Glückwunschschreibens erwiesene Aufmerksamkeit in einem freundlichen Briefe gedankt, den der Vorsitzende zur Kenntnis des Kollegiums bringt. — Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt: 1. daß das städtische Armen- und Pfundnerhaus, Jahrgangstrasse Nr. 4, behufs Angliederung eines Armenkinder-Pflegehauses erweitert werde. 2. daß der dadurch entstehende Aufwand von 36 500 M. aus Anlehensmitteln bestritten werde. — Stadtdirektor Friedrich Hartnagel wird auf sein Ansuchen vorgeschickten Alters und leibender Gesundheit für 1. Januar 1904 in den Ruhestand versetzt. Zugleich spricht der Stadtrat dem Genannten für seine langjährigen Dienste Dank und Anerkennung aus. — Das Groß. Bezirksamt wird ersucht, bei Groß. Ministerium des Groß. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten dahin zu wirken, daß Hunde nicht nur auf den Außenlinien, sondern auch im Innern der Stadt auf der Straßenbahn befördert werden dürfen. Die bezügliche Bestimmung soll folgende Fassung erhalten: „Hunde dürfen nur auf die vordere Plattform der Straßenbahnwagen mitgebracht werden und sind hier an der Leine zu halten. Kleinere Hunde, die getragen werden, können auch in das Innere des Wagens mitgebracht werden. Hunde, welche die Mitfahrenden belästigen, sind aus dem Wagen zu entfernen. Für alle Hunde gelten die nämlichen Fahrregeln wie für Personen.“ — Bei der städtischen Sparkasse wurden im Monat Juni d. J. eingelegt 425 412 Mark 84 Pf., zurückgezogen 440 275 Mark, die Zahl der Einlagen betrug 3030, diejenige der Rückzahlungen 2049. Einleger gingen zu 358, ab 318. — Im städtischen Krankenhaus betrug im Monat Juni d. J. der höchste Krankenstand (am 2.) 220 Personen, der niedrigste (am 27.) 207, der Zugang 254, der Abgang 255, der Stand am 30. Juni 226 Personen.

(Stadtgärtentheater.) Auch die Aufführung der beliebten Operette „Die Geisha“ oder die Geschichte eines japanischen Teehauses von „Sidney Jones“ hatte der rührigen Direktion ein nahezu ausverkauftes Haus und gleichzeitig einen sehr günstigen künstlerischen Erfolg gebracht. Die Darsteller hatten sich mit voller Energie ihrer Aufgaben angenommen. Insbesondere trat die vorzügliche Besetzung der weiblichen Hauptrollen in den Vordergrund. In den Damen Naborra und Foresta bestit das Ensemble zwei Kräfte, deren tüchtige Leistungen sich allerseits die herzlichste Sympathie erwarnten; ihre treffliche Darstellung der Mimosa und Mollie konnte dies nur aufs neue bestätigen. Lebhaftes Interesse erweckte das Debüt eines jungen Karlsruhers, Herrn Albert Gläfner, dessen gefangliche Leistung einen sehr günstigen Eindruck machte, und Zeugnis davon gab, daß er seine schönen stimmlichen Mittel schon wirksam und geschmackvoll zu verwerthen weiß. Mit wahrhaft überraschender Klarheit sang Herr Gläfner den Polizeipräsidenten. In die kleineren Par-

tien der Juliete und Lady Wonne, des Reginald, Wun-Hi und Cunningham teilten sich die Damen Wilde und Bauberger, sowie die Herren Pohl, Melzer-Burg und Richter mit bestem Erfolg. Die vorkommenden Tänze waren von der Balletmeisterin, Fräulein Strengmann vom Stadttheater in Brünn, flott einstudiert.

(Naturwissenschaftlicher Verein.) Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 10. Juli, abends halb 9 Uhr, im Hörsaal 9 des Anlabaus der Technischen Hochschule statt. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Privatdozenten Dr. Mah über: „Darwin im Spiegel meines Lebens“, verbunden mit einer Demonstration.

(Schwurgerichtssitzung vom 7. Juli.) Der Aburteilung durch das Schwurgericht unterlag heute ein Fall, die Anklage gegen den 29 Jahre alten verheirateten Bijouteriefabrikanten Eugen Luwarter aus Pforzheim wegen betrügerischen Banterrotts und Betrugs. Landgerichtsrat Dr. Maas eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Die Anklagebehörde vertrat in diesem Falle Staatsanwalt Schlimm. Verteidigt wurde Luwarter durch Rechtsanwalt Schlimm. Dem Angeklagten war zur Last gelegt, daß er zu Pforzheim als Schuldner, über dessen Vermögen am 13. Februar d. J. das Kontroversverfahren eröffnet wurde, um seine Gläubiger zu benachteiligen, Vermögensgegenstände bei Seite schaffte, indem er im November 1902 ungefähr 100 Ringe im Werte von etwa 450 Mark verkaufte und das auf diese Weise erlangte Geld für sich verbaute; im Dezember 1902 Gegenstände und Geräte im Wert von 800 M. auf die gleiche Weise bei Seite schaffte; im Februar 1903 eine Anzahl Opale und Steine wegnahm und in einem Teile in der Wohnung seiner Mutter versteckte; im August 1902 Brillantringe im Werte von 975 M. von der Firma Hahn in Köln auf Kredit nahm und diese Waren unter dem Preise verkaufte. Es war der Angeklagte weiter beschuldigt, seine Handelsbücher, deren Führung ihm gesetzlich oblag, gar nicht oder so unordentlich geführt zu haben, daß sie keine Uebersicht über sein Vermögen gewährten, und die gesetzlich vorgeschriebenen Bilanzen nicht gezogen zu haben. Es waren drei Fragen an die Geschworenen gestellt: eine Schuldfrage wegen betrügerischen und einfachen Banterrotts, eine Frage nach milderen Umständen und eine Schuldfrage wegen Betrugs. Sämtliche Fragen wurden bejaht. Das hierauf gegen Luwarter erlassene Urteil lautete unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft auf 2 Jahre 4 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

(o. e. Durlach, 8. Juli.) Die Gewerbe- und Industrie-Ausstellung wurde gestern von Seiner Excellenz dem Herrn Finanzminister Dr. Buchenberger und Herrn Ministerialdirektor W. A. besichtigt. Herr Bürgermeister Dr. Reichardt und Herr Gewerbevereinsvorstand Kraut begrüßten die Gäste, welche die Ausstellung genau besichtigten und sich über die einzelnen ausgestellten Objekte und das Arrangement sehr anerkennend aussprachen.

Kleine Nachrichten aus Baden. In Heidelberg wurde vorgestern ein 50jähriger verhaftet. Derselbe ist erst 19 Jahre alt. Sein Name ist Josef Wind. Er wohnte zuletzt in der Anlage 54, wo er einen größeren Diebstahl verübte. Der Verhaftete ist ein Amerikaner, bei dem er, dem „Heidelg. Ztbl.“ zufolge, Juwelen und Bargeld (vier Hundertmarkstücke) im Gesamtwerte von etwa 19 000 M. entwendete. Unter den gestohlenen Gegenständen befindet sich ein Scheinbuch über 4000 Francs. Die gestohlenen Sachen wurden wieder beigebracht. — In Gührichen, bei Pforzheim, fand der 11 Jahre alte Sohn der Frau des Arbeiters Maier seinen Tod, daß er sich in einer Erdböhle zu schaffen machte, wobei dieselbe einstürzte und er erstickte. — In Sulzburg hat ein bei einem hiesigen Affordanten beschäftigter Erbarbeiter mit einer gefälligen Anweisung 150 M. bei einem Geschäftsmann erhoben und dann das Weite gesucht. Man ist ihm bereits auf der Spur.

Landwirtschaftliche Versammlungen und Besprechungen.

Landw. Bezirksvereine: am 12. d. M. in Gengenbach, Häusern, Steig, Bullendorf, Oberkirch, Kappel, Wiltersbach, Schwellingen und Herrschried; am 19. d. M. in Oberriedersbach.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 9. Juli. Seine Majestät der Kaiser verblieb gestern vor Sahnis. Der Kaiser machte einen Spaziergang nach Stubbenkammer. Das Wetter ist schön, an Bord ist alles wohl.

Sahnis, 9. Juli. Das Kaiserpaar ist auf dem „Meteor“ und der „Zduna“ nach Swinemünde abgefegelt, begleitet von der „Sohenzollern“ und dem „Steiner“.

Würzburg, 8. Juli. Heute fand in Gegenwart des Prinzen Leopold von Bayern unter großen Festlichkeiten die Enthüllung des Standbildes Seiner Königlichen Hoheit des Prinz-Regenten Luitpold statt.

Budapest, 9. Juli. In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses erklärte Sowjedminister Koloßowary, daß das neue Wehrgesetz auf weisjähriger aktiver Dienstzeit beruhen werde. Mit bei der Kavallerie und der rettenden Artillerie werde die dreijährige Dienstzeit aufreht erhalten. Bei der Marine werde die Dienstzeit von vier auf drei Jahre herabgesetzt.

Brüssel, 8. Juli. Die Deputiertenkammer nahm heute mit 91 gegen 35 Stimmen die von Minister Boeste zur Kongo-Interpellation eingebrachte Tagesordnung an, welche lautet: „Die Kammer geht in Uebereinstimmung mit der Regierung, im Vertrauen in die moralische, stetige Entwicklung des Kongostaates unter der Regide des Königs Leopold, zur Tagesordnung über.“ Der Antrag auf Streichung der Worte „in Uebereinstimmung mit der Regierung“ war subor abgelehnt worden.

Brüssel, 9. Juli. In der gestern stattgehabten Konferenz nahmen die Vertreter der Zuerindustrie Deutschlands, Oesterreichs, Russlands, Frankreichs, Belgiens und Hollands mehrere Vorschläge an. Um eine Ueberschneidung des englischen Marktes zu verhindern, sollen Einfuhren auf dem Durchschnitt der letzten Jahre beschränkt werden. Von jedem der beteiligten Länder soll ein Kontingent aufgestellt werden, die Dauer der Konvention soll dieselbe sein, wie die der Weltausstellung internationalen Konvention. Durch dieses Kartell, welches der Zustimmung der interessierten Mächte bedarf, hoffen die Zuerfabrikanten den gegenwärtigen Preis in Europa aufrecht zu erhalten und den Preis in England um 1 oder 2 Francs zu steigern. — In der Nachmittagsitzung beschloß die Zuerkommission, entgegen den vorgefahten Beschlüssen, betreffend den auf russischen Zuder zu legenden besonderen Zoll, daß sie es nicht für angezeigt halte, sich in

diesem Augenblick endgültig über den Betrag dieses Zolles auszusprechen. Die Kommission vertagte sich hierauf bis zum 15. Oktober.

Paris, 9. Juli. Das Justizpolizeigericht verurteilte den früheren Professor am Institut Catholique, Abbe Puffiot, wegen Uebertretens staatlicher Siegel an der Meritenkapelle zu einer einmonatlichen Gefängnisstrafe.

Rom, 9. Juli. Mgr. Volpini ist gestorben.

London, 9. Juli. Der erste Lord der Admiralität, Selborne, gab gestern den Offizieren des amerikanischen Geschwaders ein Festmahl; dann wohnten die Offiziere dem zu Ehren Loubets im Buckinghampalaste veranstalteten Ball bei, wo sie dem Könige vorgestellt wurden. In Portsmouth sind 500 amerikanische und 300 englische Seeleute vom Bürgermeister bewirtet worden.

Athen, 8. Juli. Deputiertenkammer. Theodorakis teilt mit, daß das Kabinett die Demission eingereicht habe und diese von Seiner Majestät dem König angenommen sei. Die Regierung habe dem Aufstand der ganzen Bevölkerung gegenübergestanden, die, durch ihre Illustration verführt, Unmögliches verlangte. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, hätte die Regierung Maßregeln ergreifen müssen, deren Folgen hätten ernst werden können. Daher zog das Kabinett vor, zu demissionieren. Theodorakis greift sodann heftig die Opposition an, die er beschuldigt, Irrtümer in der Bevölkerung genährt und durch ihre Haltung den gegenwärtigen Aufruhr beizubringen zu haben. Der Präsident der Kammer hebt alsbald die Sitzung auf, worauf ein heftiger Tumult sich erhebt. Die ganze Opposition protestiert, schreibt und schlägt auf die Pulddedel. Einige Deputierte werden handgemein. Auf den Tribünen wird geschrien und gepfiffen. Der Präsident will die Sitzung wieder aufnehmen, aber es sind nur 87 Deputierte anwesend. Die Sitzung wird unter lebhafter Bewegung von neuem aufgehoben; die Partei der Delamantien wird von Hochrufen empfangen. Delamantis wird von der Menge nach seinem Hause begleitet. Er hielt eine Ansprache, in der er ausführte, das Ministerium Theodorakis habe vor dem Aufruhr, den es durch seine Taten und seine Unbeliebtheit beim Volke erregt, die Flucht ergriffen.

Athen, 9. Juli. Kalli wurde mit der Kabinettsbildung beauftragt. Er verlangte eine zweitägige Frist, um das Kabinett in delamantistischem Sinne zu bilden.

Dran, 9. Juli. Mehreren Blättern wird mitgeteilt, daß die französische Regierung die Landung marokkanischer Truppen in Remours gestattet hat. Die Truppen sollen den Prätexten, der noch immer in Sidi Misa weilt, in Schach halten.

Johannesburg, 9. Juli. Der seit dem 2. d. M. unter dem Vorherrscher hier tagende Kolonialrat nahm einen Beschlus an, durch welchen die Eisenbahnkommission angerufen wird, in betreff des Baues neuer Eisenbahnlinien die Bestimmung zu treffen, daß als Arbeiter in möglichster Weise zu verwenden sind und die Gesamtzahl der bei den Eisenbahnarbeiten neben den Weihen beschäftigten Arbeiter die Zahl 10 000 nicht überschreiten darf.

Verschiedenes.

Berlin, 9. Juli. (Telgr.) Professor Koffel vom Reichsgesundheitsamt, berichtete gestern abend über die Arbeiten der im Anschluß an die Koch-Schüßschen Versuche eingeleiteten Tuberkulosekommission. Koffel sagte die Ergebnisse der Untersuchung so zusammen: Menschentuberkulose kann auf das Kind übertragen werden und umgekehrt. Unerkennbar bleibe noch die Frage, welche Uebertragung die häufigste sei.

Berlin, 9. Juli. (Telgr.) Vor der 9. Strafkammer des hiesigen Landgerichts fand heute der Prozeß gegen den ehemaligen Kassier der Darmstädter Bank, Melzer, statt. Melzer hatte sich wegen Unterschlagung von über 800 000 M. und Fälschungen zu verantworten. Der Angeklagte, der sich schuldig bekannte, wurde zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Zuchthaus beantragt.

Hannover, 9. Juli. Als Festort für das nächste, im Jahre 1906 stattfindende Bundesfesten wurde in der gestrigen abgehaltenen Sitzung des gesamten Hauptauschusses München gewählt. Einladungen waren außer von München noch von Hamburg und Düsseldorf ergangen.

München, 9. Juli. (Telgr.) Die Hauptversammlung der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller wurde heute vormittag durch einen Festakt zur Erinnerung an das 10jährige Bestehen der Anstalt eingeleitet. Zahlreiche Mitglieder von auswärtig sind dazu eingetroffen. Die Stadt München überreichte eine Glückwunschadresse und 2000 M. als Zeichen der Anerkennung für die mannigfachen Verdienste, die sich die deutsche Journalistik an der wirtschaftlichen Hebung des Vaterlandes erworben hat.

Budapest, 8. Juli. Im ganzen Lande sind orkanartige Stürme mit Hagel und überstarken Niederschlägen niedergegangen, welche an den Saat den Schaden anrichteten. In Beckerey wurden zwei, in Obese eine Person durch Blitzschlag getötet.

Madrid, 8. Juli. (Telgr.) Der Senat trat heute dem Beschluß der Kammer bei, durch den für die Materialisten zum Denkmal der bei Malaga mit dem deutschen Schiffschiff „Gneisenau“ Verunglückten, Zollfreiheit bewilligt wird.

Nischni-Nowgorod, 9. Juli. (Telgr.) Ein Großfeuer brach gestern auf den Sormowo-Werken aus und vernichtete das Waggondopot, die Werkstätten und 40 neue Waggonen.

Wetter am Mittwoch, den 8. Juli 1903.

Swinemünde, Meufahrwasser und Meß trüb ohne Regen; Hamburg und Breslau nachmittags Regen; Chemnitz und München nachts Regen; Winter zeitweise Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 9. Juli 1903, vormittags 7 Uhr.
Triest bedeckt 16 Grad; Nizza heiter 20 Grad; Florenz wolkenlos 18 Grad; Rom wolfig 16 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrogr.

vom 9. Juli 1903, früh.

Begleitet von ergiebigen Regenfällen, ist die Depression, welche gestern über der Meier Bucht gelegen war, nach dem Innern von Rußland abgezogen und hoher Druck, dessen Kern über dem Atlantischen Ozean liegt, dringt von da aus langsam gegen das Binnenland vor. In Mitteleuropa ist das Wetter noch meist trüb und kühl, doch haben die Regenfälle im Westen aufgehört. Voraussichtliche Witterung: Abnahme der Bevölkerung, etwas wärmer.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Ludwig Schweisgut

Hoflieferant **Karlsruhe** Erbprinzenstr. 4.
Telephon 1711. Besteht seit 1864.
empfiehlt vorzügliche

Flügel — Pianinos — Harmoniums

AEOLIANS — PIANOLAS.

Nur allerbeste Fabrikate wie: Bechstein, Blüthner, Steinweg Nachf., Steinway & Sons, Ibach, Kaps, Thürmer, Mannborg u. A.

Ueber 100 Instrumente zur Auswahl.
Reelle Preise * * * * * Fachmännische Garantie.
Umtausch alter Klaviere. Gespielte Instrumente billigst.
Reparaturen. Kataloge gratis. Stimmungen.

B. 941



Weber's Carlsbader Kaffeegewürz

ist die Krone aller Kaffee-
verbesserungsmittel.

Weltberühmt
als der feinste Kaffeezusatz.

197.96

Telephon 1720

Gegründet 1865

J. L. DISTELHORST

Hofmöbel-Fabrik

Nachf.: Wilh. Distelhorst u. Robert Krieg

KARLSRUHE i. B.

Waldstrasse Nr. 32

Komplette Einrichtungen

Salons-, Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohn-
zimmer in allen Stilarten und Preislagen

Polster-Möbel * Antike Möbel

INNEN-DEKORATIONEN

Spachtel-Vorhänge
Stores etc.

ÖLGEMÄLDE

Goldene Medaillen und Ehrendiplome

PARIS - LONDON - ANTWERPEN -
AMSTERDAM - CHICAGO (zwei erste Preise) - FRANKFURT a. M. -
BERLIN - MÜNCHEN - STRASSBURG i. E. - BADEN-BADEN -
KARLSRUHE - MANNHEIM

Schreibenshilfe

auf 6 Wochen vom 1. August ab gesucht
mit 3 M. Tagesgebühr.
Anmeldungsfrist bis 20. d. M.
Großh. Bezirksamt Achern:
C. 201.
Swerff.

Bekanntmachung.

Die Prüfung der Zeichenlehrer-
kandidaten für das Jahr 1903 nach
Maßgabe der Verordnung vom 5. Ja-
nuar 1883, die Ausbildung und Prü-
fung von Lehrern für den Zeichen-
unterricht betreffend (Schulverord-
nungsblatt 1883, Seite 1), wird am
Mittwoch, den 15. Juli d. Js.
ihren Anfang nehmen.
Diejenigen, welche sich der Prüfung
unterziehen wollen, haben nach Maß-
gabe des § 6 der genannten Verord-
nung ihre Gesuche um Zulassung un-
ter Anschluß der erforderlichen Nach-
weise sofort bei der unterzeichneten
Behörde einzureichen.
Karlsruhe, den 8. Juli 1903.
Großh. Gewerbeamt:
J. A. B.:
S. Maier.

C. 178. Karlsruhe.

Zwangsversteigerung.

Samstag, den 11. Juli 1903, nach-
mittags 2 Uhr, werde ich in Karls-
ruhe mit Zusammenkunft Ede. Karl-
und Sünderstraße gegen bare Zah-
lung im Vollstreckungswege öffentlich
versteigern:

5 zweirädrige Handwagen, 75
Gerüstdielen, 1 Pritschenwagen, 10
Schleifarten, 2 Wagenräder, 1
Badewanne, 3 Rollen Dachpappe,
9 Kisten mit Steinhauerwerkzeug,
1 Dezimalwaage mit Gewicht, 1
Schleifstein; ferner verschiedene zum
Bauhandwerk gehörige Gegenstände
(wie: Gerüstbäume, Bretter und
Dielen, Eisenbahnschienen, Brenn-
holz, Speisefannen, Eisenplatten,
Vindestränge, Laue, Schaufeln,
Videl, Hammer, Gabeln, altes
Eisen, Gerüsthölzer, Sech- und Nech-
latten, Wagenwinden, Förderbahn-
geleise, Straßenlaternen, Steig-
leitern, Gerüstbände, Ziegel, Bad-
steine, Zement u. Sonstiges mehr).
Die Versteigerung findet bestimmt
statt.
Karlsruhe, den 8. Juli 1903.
Grether, Gerichtsvollzieher.

An der Universitäts-Bibliothek ist
die Stelle eines **Bureauassistenten** mit
dem Anfangsgehälter von 1200 Mark
zu besetzen. Verlangt werden eine
deutliche Handschrift und einige
Sprachkenntnisse. Bewerber, welche
das bad. Akkursegeamen bestanden ha-
ben, erhalten den Vorzug. Gesuche
sind an die unterfertigte Direktion der
Universitätsbibliothek zu richten.
Heidelberg, den 1. Juli 1903.
C. 152.3. Wille.

C. 203. Mannheim.

Freiwillige Versteigerung.

Auf Antrag der Rheinischen Gyps-
industrie, G. m. b. H. in Ligu. in
Mannheim, verteidige ich am Freitag,
den 24. Juli 1903, nachmittags halb
4 Uhr, in den Geschäftsräumen der
Rheinischen Gypsindustrie im Indu-
striehafen zu Mannheim:

a. Die der Rheinischen Gypsindu-
strie, G. m. b. H. in Ligu., gehörigen
Anwesen zu Mannheim im Industrie-
hafen nebst Maschinen und Mobilien.
Die Anwesen dürfen nach den für die
Grundstücke beim Erwerb getroffenen
Bestimmungen nur zu gewerblichen
Zwecken benützt werden. Der Zu-
schlag wird erteilt werden, wenn ein
Gebot von 120 000 Mark mit Worten
Einhundertzwanzigttausend Mark er-
geht.

b. Die der Rheinischen Gypsindu-
strie, G. m. b. H. in Ligu., gehörigen
Anwesen zu Obrißheim nebst Gyps-
grube, Bergwerkseigentum, Maschinen
und Mobilien. Der Zuschlag wird er-
teilt werden, wenn ein Gebot von
40 000 Mark, mit Worten Vierzig-
tausend Mark, ergeht.

Die bare Anzahlung auf das An-
wesen in Mannheim soll mindestens
40 000 Mark, die auf das Anwesen in
Obrißheim 10 000 Mark betragen; im
übrigen soll der Steigerer einen Teil
der bestehenden Hypotheken überneh-
men; der Rest kann auf fünf Jahre
gestundet werden.

Die weiteren Bedingungen im ein-
zelnen können bei dem unterzeichneten
Notariat eingesehen werden.
Mannheim, den 7. Juli 1903.
Großh. Notariat VIII:
Dr. Carlebach.

Bürgerliche Rechtsstreite.

C. 189. Nr. 16 988. Raßatt.

Ueber das Vermögen der Bahnarbeiter
Franz Martin Gehrke von Durmers-
heim wurde heute am 7. Juli 1903,
nachmittags 5 Uhr, das Konkursver-
fahren eröffnet.

Herr Rechtsanwalt Götmann hier
wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum
Samstag, den 8. August 1903 bei dem
Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem
diesseitigen Gerichte, Zimmer Nr. 51,
zur Beschlußfassung über die Wei-
behaltung des ernannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters, sowie über
die Bestellung eines Gläubigerausschus-
ses und einretendensfalls über die in
§ 132 der Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände auf
Dienstag, den 28. Juli 1903,
vormittags 10 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Dienstag, den 18. August 1903,
vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Bes-
itz haben oder zur Konkursmasse et-
was schuldig sind, wird aufgegeben,
nichts an den Gemeinsschuldner zu ver-
absolgen oder zu leisten, auch die Ver-
pflichtung auferlegt, von dem Besitze
der Sache und von den Forderungen,
für welche sie aus der Sache abge-
sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
men, dem Konkursverwalter bis zum
28. Juli 1903 Anzeige zu machen.
Raßatt, den 7. Juli 1903.
Großh. Amtsgericht.
gez. Renner.

Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Birtel,

Amtsgerichtssekretär.

C. 184. Nr. 8524. Waldkirch.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns
Ferdinand Dreher in Elzach wird heute
am 7. Juli 1903, nachmittags 3 Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet, da der
Gemeinsschuldner zahlungsunfähig ist
und keine Zahlungen eingestellt hat.
Der Ratsschreiber Hermann Pfaff
in Elzach wird zum Konkursverwalter
ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum
28. Juli 1903 bei dem Gerichte an-
zumelden.

Es wird Termin anberaumt vor
dem diesseitigen Gerichte zur Be-
schlußfassung über die Beibehal-
tung des ernannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters, so-
wie über die Bestellung eines Gläu-
bigerausschusses und einretendens-
falls über die in § 132 der Kon-
kursordnung bezeichneten Gegenstände
sowie zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Donnerstag, den 6. August 1903,
vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Bes-
itz haben oder zur Konkursmasse et-
was schuldig sind, wird aufgegeben,

nichts an den Gemeinsschuldner zu ver-
absolgen oder zu leisten, auch die Ver-
pflichtung auferlegt, von dem Besitze
der Sache und von den Forderungen,
für welche sie aus der Sache abge-
sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
men, dem Konkursverwalter bis zum
4. August 1903 Anzeige zu machen.
Eriberg, den 6. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Köbke.

C. 188. Nr. 11 867. Bühl. In
dem Konkursverfahren über den Nach-
laß des Malers Franz Ritt in Bühl ist
zur Abnahme der Schlußrechnung,
zur Erhebung von Einwendungen ge-
gen das Schlußverzeichnis und zur
Beschlußfassung der Gläubiger über
die nicht verwertbaren Vermögens-
stücke Termin bestimmt auf:
Mittwoch, den 12. August 1903,
vormittags 10 Uhr.
Das Schlußverzeichnis und die
Schlußrechnung nebst Belegen liegen
in der Gerichtsschreiberei auf.
Bühl, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Kittelmann.

C. 186. Nr. 18 054. Baden. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Gastwirts Johann Kuttuff
in Baden ist zur Abnahme der Schluß-
rechnung des Verwalters, zur Erhe-
bung von Einwendungen gegen das
Schlußverzeichnis der bei der Vertei-
lung zu berücksichtigenden Forderun-
gen und zur Beschlußfassung der Gläu-
biger über die nicht verwertbaren Ver-
mögensstücke der Schlußtermin auf
Mittwoch, den 5. August 1903,
vormittags halb 10 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-
selbst bestimmt.
Baden, den 7. Juli 1903.
Watt,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

C. 185. Nr. 1465. Mannheim. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Baumstammers Fried-
rich Kühner in Mannheim ist zur
Abnahme der Schlußrechnung des Ver-
walters und zur Beschlußfassung der
Gläubiger über die Erhebung einer
Verzinsung an die Mitglieder des
Gläubigerausschusses Schlußtermin be-
stimmt auf:
Donnerstag, den 30. Juli 1903,
vormittags 11 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier selbst, Ab-
teilung IV, 2. Stock — Zimmer Nr.
5 —
Mannheim, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Mohr.

C. 186.2. Nr. 1306. Mannheim.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen der Frau Wwe. Hans
Weibel, Restaurant Kallstift hier,
O. S. 8, ist zur Prüfung der nachträgs-
lich angemeldeten Forderungen Ter-
min auf
Donnerstag, den 6. August 1903,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-
selbst, 2. Stock, Zimmer Nr. 11 a,
anberaumt.
Mannheim, den 3. Juli 1903.
Mohr,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 13.

C. 181. Nr. 31 580. Karlsruhe.
Ueber das Vermögen des Mechanikers
Emil Fischer in Hagsfeld wurde heute
am 7. Juli 1903, nachmittags 6 Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann Friedrich Agtmann
in Karlsruhe wurde zum Konkursver-
walter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum
1. September 1903 bei dem Gerichte
anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über
die Wahl eines anderen Verwalters,
sowie über die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und ein-
retendensfalls über die in § 132 der
Konkursordnung bezeichneten Gegen-
stände auf
Donnerstag, den 6. August 1903,
vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Donnerstag, den 24. September 1903,
vormittags 9 Uhr,
vor dem diesseitigen Gerichte, Akade-
miestraße 2 B, 2. Stock, Zimmer 39,
Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Bes-
itz haben oder zur Konkursmasse et-
was schuldig sind, wird aufgegeben,
nichts an den Gemeinsschuldner zu ver-
absolgen oder zu leisten, auch die Ver-
pflichtung auferlegt, von dem Bes-
itze der Sache und von den Forderun-
gen, für welche sie aus der Sache ab-
geordnete Befriedigung in Anspruch
nehmen, dem Konkursverwalter bis
zum 1. September 1903 Anzeige zu
machen.
Karlsruhe, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Boppé,
Amtsgerichtssekretär.

C. 182. Nr. 31 737. Karlsruhe.
In dem Konkursverfahren über den Nach-
laß des Generalagenten Karl
Klein hier ist zur Prüfung der nach-
träglich angemeldeten Forderungen
Termin auf
Mittwoch, den 29. Juli 1903,
vormittags halb 10 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-
selbst, Akademiestraße 2 A, 3. Stock,
Zimmer Nr. 17, anberaumt.
Karlsruhe, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Boppé,
Amtsgerichtssekretär.

C. 160. Nr. 8146. Eriberg. Ueber
das Vermögen des Wäders Karl Gu-
stav Blum von Hornberg wurde heute
am 6. Juli 1903, vormittags 11 Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet, da der
Schuldner seine Zahlungen eingestellt
hat.
Herr Rechtsanwalt Bittsch in Eri-
berg wird zum Konkursverwalter er-
nannt.

Konkursforderungen sind bis zum
11. August 1903 bei dem Gerichte an-
zumelden.

Es wird Termin anberaumt vor
dem diesseitigen Gerichte zur Be-
schlußfassung über die Beibehaltung
des ernannten oder die Wahl eines
anderen Verwalters, sowie über die
Bestellung eines Gläubigerausschusses
und einretendensfalls über die in
§ 132 der Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände auf
Dienstag, den 4. August 1903,
nachmittags 3 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Dienstag, den 18. August 1903,
nachmittags 3 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Bes-
itz haben oder zur Konkursmasse et-
was schuldig sind, wird aufgegeben,
nichts an den Gemeinsschuldner zu ver-
absolgen oder zu leisten, auch die Ver-
pflichtung auferlegt, von dem Bes-
itze der Sache und von den Forderun-
gen, für welche sie aus der Sache abge-
sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
men, dem Konkursverwalter bis zum
4. August 1903 Anzeige zu machen.
Eriberg, den 6. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Köbke.

C. 188. Nr. 11 867. Bühl. In
dem Konkursverfahren über den Nach-
laß des Malers Franz Ritt in Bühl ist
zur Abnahme der Schlußrechnung,
zur Erhebung von Einwendungen ge-
gen das Schlußverzeichnis und zur
Beschlußfassung der Gläubiger über
die nicht verwertbaren Vermögens-
stücke Termin bestimmt auf:
Mittwoch, den 12. August 1903,
vormittags 10 Uhr.
Das Schlußverzeichnis und die
Schlußrechnung nebst Belegen liegen
in der Gerichtsschreiberei auf.
Bühl, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Kittelmann.

C. 186.2. Nr. 1306. Mannheim.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen der Frau Wwe. Hans
Weibel, Restaurant Kallstift hier,
O. S. 8, ist zur Prüfung der nachträgs-
lich angemeldeten Forderungen Ter-
min auf
Donnerstag, den 6. August 1903,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-
selbst, 2. Stock, Zimmer Nr. 11 a,
anberaumt.
Mannheim, den 3. Juli 1903.
Mohr,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 13.

C. 186. Nr. 18 054. Baden. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Gastwirts Johann Kuttuff
in Baden ist zur Abnahme der Schluß-
rechnung des Verwalters, zur Erhe-
bung von Einwendungen gegen das
Schlußverzeichnis der bei der Vertei-
lung zu berücksichtigenden Forderun-
gen und zur Beschlußfassung der Gläu-
biger über die nicht verwertbaren Ver-
mögensstücke der Schlußtermin auf
Mittwoch, den 5. August 1903,
vormittags halb 10 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-
selbst bestimmt.
Baden, den 7. Juli 1903.
Watt,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

C. 185. Nr. 1465. Mannheim. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Baumstammers Fried-
rich Kühner in Mannheim ist zur
Abnahme der Schlußrechnung des Ver-
walters und zur Beschlußfassung der
Gläubiger über die Erhebung einer
Verzinsung an die Mitglieder des
Gläubigerausschusses Schlußtermin be-
stimmt auf:
Donnerstag, den 30. Juli 1903,
vormittags 11 Uhr,
vor dem Amtsgerichte hier selbst, Ab-
teilung IV, 2. Stock — Zimmer Nr.
5 —
Mannheim, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Mohr.

C. 186.2. Nr. 1306. Mannheim.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen der Frau Wwe. Hans
Weibel, Restaurant Kallstift hier,
O. S. 8, ist zur Prüfung der nachträgs-
lich angemeldeten Forderungen Ter-
min auf
Donnerstag, den 6. August 1903,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-
selbst, 2. Stock, Zimmer Nr. 11 a,
anberaumt.
Mannheim, den 3. Juli 1903.
Mohr,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 13.

C. 181. Nr. 31 580. Karlsruhe.
Ueber das Vermögen des Mechanikers
Emil Fischer in Hagsfeld wurde heute
am 7. Juli 1903, nachmittags 6 Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann Friedrich Agtmann
in Karlsruhe wurde zum Konkursver-
walter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum
1. September 1903 bei dem Gerichte
anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über
die Wahl eines anderen Verwalters,
sowie über die Bestellung eines
Gläubigerausschusses und ein-
retendensfalls über die in § 132 der
Konkursordnung bezeichneten Gegen-
stände auf
Donnerstag, den 6. August 1903,
vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Donnerstag, den 24. September 1903,
vormittags 9 Uhr,
vor dem diesseitigen Gerichte, Akade-
miestraße 2 B, 2. Stock, Zimmer 39,
Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Bes-
itz haben oder zur Konkursmasse et-
was schuldig sind, wird aufgegeben,
nichts an den Gemeinsschuldner zu ver-
absolgen oder zu leisten, auch die Ver-
pflichtung auferlegt, von dem Bes-
itze der Sache und von den Forderun-
gen, für welche sie aus der Sache ab-
geordnete Befriedigung in Anspruch
nehmen, dem Konkursverwalter bis
zum 1. September 1903 Anzeige zu
machen.
Karlsruhe, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Boppé,
Amtsgerichtssekretär.

C. 182. Nr. 31 737. Karlsruhe.
In dem Konkursverfahren über den Nach-
laß des Generalagenten Karl
Klein hier ist zur Prüfung der nach-
träglich angemeldeten Forderungen
Termin auf
Mittwoch, den 29. Juli 1903,
vormittags halb 10 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte hier-
selbst, Akademiestraße 2 A, 3. Stock,
Zimmer Nr. 17, anberaumt.
Karlsruhe, den 7. Juli 1903.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Boppé,
Amtsgerichtssekretär.

C. 160. Nr. 8146. Eriberg. Ueber
das Vermögen des Wäders Karl Gu-
stav Blum von Hornberg wurde heute
am 6. Juli 1903, vormittags 11 Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet, da der
Schuldner seine Zahlungen eingestellt
hat.
Herr Rechtsanwalt Bittsch in Eri-
berg wird zum Konkursverwalter er-
nannt.

Konkursforderungen sind bis zum
11. August 1903 bei dem Gerichte an-
zumelden.

Es wird Termin anberaumt vor
dem diesseitigen Gerichte zur Be-
schlußfassung über die Beibehaltung
des ernannten oder die Wahl eines
anderen Verwalters, sowie über die
Bestellung eines Gläubigerausschusses
und einretendensfalls über die in
§ 132 der Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände auf
Dienstag, den 4. August 1903,
nachmittags 3 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Dienstag, den 18. August 1903,
nachmittags 3 Uhr.

Eiserne Brücke.

Die Stadtgemeinde Billingen ver-
gibt die Lieferung und Montierung der
Eisenkonstruktion für einen Fußgän-
gersteig über die Briggau. — Parabe-
träger von 24,5 m Spannweite, im
Gesamtwicht von 8670 kg. —
Angebote sind verschlossen und
portofrei mit der Aufschrift „Eiserne
Brücke“ versehen, bis spätestens
Samstag, den 18. Juli 1903,
vormittags 10 Uhr,
an die Wasser- und Straßenbauinspek-
tion Donauinspektion einzureichen, wo-
selbst um die angegebene Zeit die Er-
öffnung stattfindet.
C. 174.2.

Pläne und Bedingungen liegen auf
dem Geschäftszimmer der Inspektion
zur Einsicht auf. Angebotsformulare
mit Eisenverzeichnis und Lieferplä-
nen können von da kostenlos bezog-
gen werden.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Donauinspektion, den 7. Juli 1903.
Gr. Wasser- u. Straßenbauinspektion.

Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Zur Herstellung von zwei dreistöck-
igen Doppelwohngebäuden für Weichen-
wärter im hiesigen Bahnhof sollen
nachgenannte Bauarbeiten im öffent-
lichen Verdingungswege vergeben wer-
den:
C. 130.2.

1. Grab- und Maurerarbeiten,
2. Steinhauerarbeiten (bad. Ma-
terial),
3. Zimmerarbeiten,
4. Schmiedearbeiten,
5. Lechnerarbeiten.

Pläne, Bedingungen und Arbeits-
beschriebe können an Werktagen auf
dem diesseitigen Hochbauamt ein-
gesehen werden, woselbst auch die Ab-
gabe der Angebotsformulare erfolgt.
Die Angebote sind verschlossen,
portofrei und mit entsprechender Auf-
schrift versehen, bis längstens
Freitag, den 17. d. Mts.,
vormittags 9 Uhr,
bei unterzeichneter Stelle einzureichen.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Offenburg, den 3. Juli 1903.
Großh. Eisenbahninspektion.

Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Vergebung von Nietarbeiten.
Im Bahnbezirk Freiburg sind rund
1000 Stück Niete an eisernen Weich-
sen zu erneuern.
C. 104.2.

Bedingnisheft liegt in meinem Ge-
schäftszimmer — Bismarckstraße Nr.
7 — auf, wo auch Verzeichnisse der für
die einzelnen Weichen erforderlichen
Niete erhoben werden können.
Angebote auf das Schlagen der Nie-
ten einschließlich Materiallieferung u.
Gerüstungen, sind bis längstens Frei-
tag, den 17. Juli d. J., nachmittags
5 Uhr, anher einzureichen.
Zuschlagsfrist 8 Tage.
Freiburg, den 2. Juli 1903.
Der Großh. Bahninspektor.